



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: Zusätzliche Polizistenstellen für die Erstaufnahmeeinrichtungen
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2016 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 03 18 Tit. 422 01 wird der Ansatz um 2.214,0 Tsd. Euro von 1.269.877,0 Euro auf 1.272.091,0 Tsd. Euro erhöht.

Der Stellenplan ist entsprechend zu ändern.

Die Deckung erfolgt aus einer Absenkung von Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Mit der Zunahme der Flüchtlingszahlen steigt auch die Belastung der Polizei im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Anzahl der Erstaufnahmeeinrichtungen samt Dependancen ist zudem in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen und damit auch die Anzahl der Orte, an denen die Polizei vermehrt Präsenz zeigen muss. Damit ist auch die Arbeitsbelastung für die betroffenen Polizeiinspektionen deutlich angestiegen, insbesondere durch die erforderlichen Identitätsfeststellungen illegal eingereister Personen. Eine Aufstockung des Personalsolls um 84 Stellen der Besoldungsgruppe A 7 ist daher geboten. Dies darf nicht zu Lasten anderer Polizeiinspektionen geschehen, daher müssen diese Stellen neu geschaffen werden.